

Kurzbericht über die Sitzung des Gemeinderats

Sitzung vom 19. März 2026

Öffentlicher Teil:

1. Bürgerfragestunde

Es wurden 6 Anliegen aus der Bürgerschaft vorgetragen.

2. Zustimmung zur Wiederwahl zum Abteilungskommandanten und des stellvertretenden Abteilungskommandanten der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Backnang-Waldrems

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 024/26/GR

3. Neubau eines Logistikzentrums der Harro Höfliger Verpackungsmaschinen GmbH und Neubau der THW-Liegenschaft in den Lerchenäckern – Sachstandsbericht

Das Gremium nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4. 67. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich der Sonderbaufläche „Einzelhandel Sulzbacher Straße“, Backnang -Aufstellungsbeschluss

Mehrheitlicher Beschluss bei 3 Gegenstimmen entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 023/26/GR

5. Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzung im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis Sulzbacher Straße 180“, Planbereich 04.16/4, Gemarkung Backnang - Satzungsbeschluss

Mehrheitlicher Beschluss bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 025/26/GR

6. Baubeschlüsse für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Sporthallen und Verwaltungsgebäuden im Rahmen des genehmigten Haushaltsplans

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 026/26/GR

7. Aufnahme eines Investitionskredits

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage - Nr. 037/26/GR

8. Anträge der Fraktionen/Stadträte

Der Antrag der Fraktion Bürgerforum Backnang vom 25.02.2026 wird eingebracht und beantwortet:

*„Der Gemeinderat möge beschließen:*

*1. Videoschutz an Müll-Hotspots einführen (mobil/lageabhängig)*

*Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der geänderten Rechtslage im Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg (LDSG) den Videoschutz (Videoüberwachung) an Brennpunkten illegaler Müllablagerung in Backnang einzurichten – vorrangig mit einer mobilen Lösung, um auf Verlagerungen von Hotspots kurzfristig reagieren zu können.*

*2. Prioritäre Standorte (Startliste) – Umsetzung/Prüfung*

*Die Verwaltung setzt den Videoschutz – soweit die jeweiligen Voraussetzungen im Einzelfall vorliegen – insbesondere an folgenden Örtlichkeiten um bzw. prüft diese prioritär:*

- *Wertstoffhof Backnang, Theodor-Körner-Straße*
- *Recyclingcontainer, Industriestraße*
- *Recyclingcontainer, Kawag-Kreuzung*
- *Recyclingcontainer, Annonay-Straße*
- *sowie weitere der Stadt bekannte Örtlichkeiten regelmäßiger/erheblicher illegaler Müllentsorgung*

*3. Datenschutzkonformes Konzept und Umsetzungsvorschlag dem Gemeinderat vorlegen*

*Die Verwaltung legt dem Gemeinderat innerhalb von 3 Monaten ein Konzept mit Kosten- und Zeitplan vor. Das Konzept soll mindestens enthalten:*

- *konkrete Standorte/Einsatzzeiten (z.B. zeitlich begrenzt, ereignis- oder lagebezogen),*
- *technische Ausgestaltung (mobil/stationär, Blickwinkel, Maskierungen/Privacy-Zonen),*
- *Informations- und Kennzeichnungskonzept (Hinweisschilder, Informationspflichten),*
- *Zugriffs- und Berechtigungskonzept (wer sichtet wann),*
- *Speicher- und Löschkonzept (max. zulässige Speichfrist, Löschroutinen),*
- *Verfahren zur Beweissicherung/Übergabe an zuständige Stellen,*
- *Evaluationskriterien (Rückgang Ablagerungen, Aufklärungsquote, Löschroutinen)*

*4. Bericht zu illegalen Müllablagerungen (Vorjahresbilanz)*

*Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat (schriftlich) über:*

- *Anzahl der im vergangenen Kalenderjahr bekannt gewordenen Fälle illegaler Müllentsorgung (gesamt und - soweit möglich – nach Stadtteilen/Hotspots),*
- *Anzahl der Fälle, in denen Verursacher ermittelt werden konnten,*
- *Art der Konsequenzen (z.B. Bußgelder, Kostenbescheide, Strafanzeigen) und deren Häufigkeit,*
- *Geschätzte/gebuchte Gesamtkosten für Beseitigung/Entsorgung (inkl. Personal- und Fremdkosten soweit auswertbar)“*

Der Antrag der Christlichen Initiative Backnang vom 19.03.2026 wird eingebracht:

*„Der Gemeinderat möge beschließen:*

- 1. Ab 01.09.2026 wird auf Antrag an alle Eltern von ein- und zweijährigen Kindern, die die unten genannten Voraussetzungen erfüllen, ein Elterngeld in Höhe von € 600,- im Monat bezahlt.*
- 2. Es werden städtisch organisierte und fachlich unterstützte Elterngruppen für Elterngeldbezieher eingerichtet.*
- 3. Es soll niemandem etwas weggenommen werden. Alle bisherigen Kita-Leistungen werden zu den geltenden Bedingungen weiterhin zur Verfügung gestellt.*
- 4. Das Elterngeld hat den Zweck der Förderung der frühkindlichen Betreuung durch Eltern in Gruppenform.“*

Der Antrag wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag der Fraktion Jungen Liste vom 10.03.2026 wird eingebracht:

*„Der Gemeinderat möge beschließen, dass alle Sitzungen der Ausschüsse der Stadt Backnang künftig frühestens um 18:30 Uhr beginnen. Der Beginn von Gemeinderatssitzungen bleibt unberührt.“*

Der Antrag wurde abgelehnt.